

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Warteljährlicher Abonnementpreis 0,75 RM.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Drittel-Hundert)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4720.

Nr. 103/104.

Berlin, Sonnabend, 23. Dezember 1916.

Achtundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Deutsche Weihnächten. — Ein denkwürdiger Tag.
— Die soziale und wirtschaftliche Zukunft Polens.
— Allgemeine Rundschau. — Aus dem Verbands-
Literatur. — Anzeigen.

Deutsche Weihnächten.

Der sehnliche Wunsch nach Frieden, der in den vorjährigen Weihnachtsbetrachtungen zum Ausdruck kam, ist auch im Jahre 1916 nicht in Erfüllung gegangen. Wir stehen zum dritten Male vor dem Feste der Liebe, während draußen, glücklicherweise jenseits der deutschen Grenzen, die Kanonen donnern und täglich Tausende von blühenden Menschenleben dem Kriegsgotte geopfert werden. Die Sehnsucht nach dem Ende dieses furchtbaren Nordens ist stärker geworden, nicht nur bei uns, sondern auch in den neutralen Ländern und nicht zuletzt bei unsern Feinden. Nur völlig verblendete Fanatiker, Menschen, die aus politischen Gründen auf der blutigen Bahn nicht Halt machen zu können glauben, und leider auch solche, die aus den Strömen von kostbarem Menschenblut Gewinne ziehen, wagen es noch, dem sich überall durchdringenden Willen auf Beendigung des Krieges entgegenzukommen. Die furchtbaren Opfer, die die Menschheit jetzt bringt, die Not, die auf allen Völkern lastet, sie müssen diese brutalen und gewissenlosen Elemente schließlich doch hinwegfegen und dem heiß ersehnten Frieden den Eingang frei machen.

Schmerzliche Verluste hat dieses Jahr auch dem deutschen Volke gebracht. Und doch darf es im Vergleich zu den Feinden getrost der weiteren Entwicklung der Dinge entgegensehen. Der mit ungeheuren Nachmitteln unternommene feindliche Versuch, durch gleichzeitigen Ansturm auf allen Fronten die verbündeten Mittelmächte niederzuräumen und zu zermalmen, ist nämlich gescheitert. Rumänien, von dem man hoffte, daß es die Waage endgültig zu unseren Ungunsten beeinflussen würde, liegt dank der unvergleichlichen Tapferkeit unserer Truppen und ihrer meisterhaften Führung getrümmert am Boden. Das Gegenteil von dem ist eingetreten, was unsere Feinde erhofft hatten: Die militärische Lage für die verbündeten Mittelmächte ist von Monat zu Monat günstiger geworden.

Und trotzdem haben sie, gerade im Bewußtsein ihrer Stärke und getrieben auf ihre Erfolge, jetzt den Feinden ein Friedensangebot gemacht. Ein herrlicheres Weihnachtsgeschenk konnte der Menschheit wohllich nicht dargebracht werden. Damit haben die Mittelmächte ihren reichen militärischen Erfolgen einen moralischen Sieg hinzugefügt, wie er glänzender nicht sein kann. Daß unsere Feinde sofort in die ehrlich dargereichte Friedenshand einschlagen werden, wagen wir nicht zu hoffen. Ob sie das Angebot aber nicht doch gründlich prüfen werden, das werden die nächsten Wochen zeigen. Jedenfalls hat das deutsche Volk mit samt seinen treuen Verbündeten mit anerkennenswerter Deutlichkeit seine Friedensbereitschaft zu erkennen gegeben und vor allem der neutralen Welt gezeigt, daß Schuld und Verantwortung für weiteres Blutvergießen die Feinde treffen, die, sei es aus Verblendung, sei es aus Furcht der führenden Staatsmänner, ihren Nationen die Unmöglichkeit des Sieges einzugestehen, es von sich weisen, auf der von uns gebotenen Grundlage über den Frieden zu verhandeln. Welches auch der Erfolg der deutschen Friedensaktion sein möge: Die Tatsache, daß wir zur Einstellung der Feindseligkeiten unsere Bereitwilligkeit erklärt haben, steht unerwiderlich fest. Die Bestrebungen auf Herbeiführung eines baldigen Friedens haben dadurch gewaltig an Boden gewonnen, und wenn der Ruf der Gloden

am Weihnachtsheiligabend auch noch nicht die Friedensbotschaft in die Lande trägt, ein Friedensschimmer strahlt doch schon der schwer geprüften Menschheit entgegen, der — das wollen wir hoffen — in nicht allzu ferner Zeit die Sonne des Friedens heraufführt.

Aber noch sind wir nicht so weit. Noch gilt es, alle Kräfte draußen und daheim zu sammeln und anzuspinnen, die Oberhand über die Feinde zu behalten. Um so eher werden sie dem Friedensschluß geneigt sein. Unsere Aufgabe ist gewiß nicht leicht. Daß unsere tapferen Truppen die Erwartungen der Gegner zu schanden machen werden, davon dürfen wir festeste überzeugt sein. Aber auch die Seimarmee muß standhalten, wenn der Enderfolg nicht in Frage gestellt werden soll. Schwer, oftmals fast unerträglich sind die Entbehrungen, die uns und namentlich der arbeitenden Bevölkerung auferlegt werden. Abgeschnitten von fast jeglicher Zufuhr aus dem Ausland, müssen wir uns mit dem Mangel an Lebensmitteln abzufinden suchen. Verlangen müssen wir aber, daß die Vorräte, die dem deutschen Volke zur Verfügung stehen, gleichmäßig und gerecht verteilt werden, daß die Notlage der Bevölkerung nicht von einzelnen Schichten gemißbraucht wird, um sich selbst Vorteile zu verschaffen. Die Schwierigkeiten, die sich hier auswirken, werden von uns gewiß nicht verkannt. Sie könnten aber vermindert und damit ein großes Maß von Verbitterung beseitigt werden, wenn die in dem unvergleichlichen Hindenburgbriefe an den Reichskanzler aufgestellten Grundsätze befolgt würden.

In Gewerksvereinskreisen wurde sonst das Weihnachtsfest mit besonderer Wärme gefeiert. Es wurde dazu benutzt, Zeugnis abzulegen für den festen und brüderlichen Zusammenhalt, der bei uns besteht und der gepflegt und gefördert wurde durch Zeichen der Liebe und Freundschaft, die in kleinen Spenden zum Ausdruck gebracht wurden. Die Gefühle, die uns befeelen, sind dieselben geblieben, aber die Weihnachtsfeiern haben während des Krieges ein anderes Gepräge bekommen. Hier und da wird auch jetzt noch der Kinder gedacht; die Familien der im Felde stehenden Kollegen werden in zahlreichen Ortsvereinen und Ortsverbänden mit ansehnlichen Gaben bedacht. Vor allem aber ist es Brauch geworden, denen, die fern von der Heimat und ihren Lieben in Feindesland das Weihnachtsfest verbringen müssen und wehmütig auch an uns und eine bessere Zeit denken, eine Freude zu bereiten und sie mit einer Aufmerksamkeit zu erfreuen. Das ist gut und notwendig. Aber mit dieser Weihnachtsliebdegebe allein ist unseren feldrauen Brüdern nicht gedient. Sie erwarten mehr von uns. Während des ganzen Verlaufes des Krieges haben die Organisationen der Arbeiter ihre Existenznotwendigkeit bei hundert Gelegenheiten mit aller Deutlichkeit darzulegen. Was sie vermögen, das hat die Gestaltung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst noch stärker allen, die sehen und denken können, gezeigt. Aber nach dem Kriege wird die Menge der zu bewältigenden Aufgaben für die Berufsorganisationen nicht kleiner werden. Deshalb verlangen unsere draußen kämpfenden Kollegen von uns, daß wir unsere Schuldigkeit in demselben Maße tun wie sie selbst, daß wir durch die Festigung und den Ausbau unserer Organisation die Vorbereitungen dafür treffen, daß wir später allen an uns herantretenden Anforderungen nach jeder Richtung hin gerüstet gegenüberstehen. Es ist deshalb eine eindringliche Mahnung für uns alle, zu treuer Pflichterfüllung gegenüber unserer Gemeinschaft, unserer Organisation, wenn die Weihnachtsgloden erklingen, aber auch zur Erkaltung des Dankes an unsere im Waffenrock stehenden Kollegen, die so unendlich viel für uns getan und ge-

litten haben. Zeigen wir uns ihrer würdig! Laßt uns mit verbiefachtem Eifer am Werke unserer Organisation arbeiten, damit sie als ein festgefügtes, unerschüttertes Gebäude den Seimkehrenden Schutz und Rückhalt gewährt. Uns selbst schaffen wir damit das erhebende Gefühl, unsere Schuldigkeit getan zu haben und damit die rechte Weihnachtsfreude und Weihnachtsstimmung, die sonst unter dem harten Druck der eisernen Zeit zu erliden drohen.

Ein denkwürdiger Tag.

Am 12. Dezember und zu derselben Stunde, da der Reichskanzler der deutschen Volksvertretung Mitteilung machte von dem Friedensangebot der verbündeten Zentralmächte, tagte in Berlin in den Germania-Sälen eine Versammlung, wie sie noch niemals irgendwo stattgefunden hat. Die großen Organisationen der Arbeiter und Angestellten hatten sich vereinigt, um öffentlich ihre Bereitwilligkeit darzutun, das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst zu einer erfolgreichen Durchführung zu bringen. Alle ihre Führer und Vertrauensleute aus den verschiedensten Teilen des Deutschen Reiches hatten sich zusammengeschlossen, um diese Kundgebung möglichst eindrucksvoll zu gestalten. Von all den schweren Kämpfen, die zwischen den verschiedenen Richtungen sowohl innerhalb der Arbeiter- wie der Angestelltenkreise vor dem Kriege getobt hatten, spürte man nichts mehr. Der einmütige Wille, zum Segen des Vaterlandes das Gesetz zu durchzuführen, daß unsern kämpfenden Brüdern alle erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden können, ließ keine andern Gedanken aufkommen.

Aber nicht allein das Zusammenwirken der verschiedenen Richtungen gab dieser Versammlung ihr einzigartiges Gepräge, noch bemerkenswerter vielleicht ist die Tatsache, daß zu der Versammlung die höchsten Zivil- und Militärbehörden ihre Vertreter entsandt hatten und unzweideutig durch deren Mund zum Ausdruck bringen ließen, daß sie fest entschlossen seien, in dieser wichtigen Angelegenheit mit den Organisationen der Arbeiter und Angestellten zusammen zu gehen. Von Vertretern der Regierung waren erschienen als Vertreter des Reichskanzlers der Staatssekretär Dr. Helfferich, als Vertreter des Kriegsamt's dessen Chef, Generalleutnant Gröner. Ferner waren anwesend der Unterstaatssekretär Richter, der Ministerialdirektor Caspar, die Geheimräte Sieferth und von Braun sowie eine Anzahl Offiziere aus dem Kriegsamt und dem Kriegsministerium.

In seiner Begrüßungsansprache wies der Leiter der Veranstaltung, Reichstagsabgeordneter Legien, darauf hin, daß die Versammlung die Vertretung von über 4 Millionen organisierten Arbeitern und Angestellten bilde. Sie hätten sich zusammengeschlossen, um zu zeigen, daß ohne Unterstützung der Richtung im deutschen Volke der unerfüllte Wille vorhanden sei, die Drohungen der leitenden Staatsmänner im feindlichen Ausland zuzuschanden zu machen. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst, das den Anlaß zu dieser Kundgebung bildet, sei nicht ein Ausdruck der Schwäche des deutschen Volkes, sondern werde im Gegenteil zeigen, daß in ihm noch ungeahnte Kräfte vorhanden sind, die jetzt eingesetzt werden sollen, um den Kämpfern an der Front den nötigen Schutz und die erforderliche Widerstandskraft zu verleihen. Die Versammlung werde den Beweis dafür erbringen, daß Arbeiter und Angestellte nicht nur mit Selbstvertrauen, sondern auch mit vollem Ernst an die Lösung der gestellten Aufgabe herantreten werden. Nach dieser mit lebhaftem Beifall aufgenommenen

Ansprache nahm Staatssekretär Dr. Seiffertich das Wort zu folgender Rede:

Namens der Reichsleitung habe ich die Ehre und Freude, Sie zu begrüßen und der Arbeit, zu der Sie sich hier versammelt haben, den besten Erfolg zu wünschen. Der Herr Reichskanzler bedauert aufrichtig, nicht persönlich kommen zu können. Er hat mich beauftragt, Ihnen seine Grüße und Wünsche zu übermitteln. Ihre Versammlung gilt der Mitwirkung der deutschen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen an der Durchführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst. Diese Ihre Mitwirkung heiße ich namens der Reichsleitung auf das herzlichste willkommen.

Meine Herren! Es war für uns kein leichter Entschluß, das deutsche Volk durch ein in alle Verhältnisse so tief eingreifendes Gesetz nach fast zweieinhalb Jahren schwerer Kriegsnot zu einer neuen Steigerung von Opfern und Leistungen aufzurufen. Der Entschluß ist gefaßt worden als der beste und sicherste Weg zum großen Ziel. Unter dem Druck der unerhörten Anstrengungen unserer Feinde, in dem Trommelfeuer der gewaltigsten Schläge der Weltgeschichte ist das Gesetz geboren. Es ist die Antwort der Heimat auf den Ruf der kämpfenden Truppe. Es ist aber auch die Antwort des deutschen Volkes auf den Vernichtungswillen unserer Feinde.

Das deutsche Volk hat den Krieg nicht gewollt; der deutsche Kaiser und seine Regierung haben alles getan, den Krieg zu vermeiden. Auch auf der Sommerhöhe unserer Waffenerfolge haben wir uns bereit gezeigt, die Hand zu bieten zu einem Friedensschluß, der dem Deutschen Reich seine Stellung unter den Nationen, dem deutschen Volk ein freies Feld für seine friedliche Arbeit sichert. Sie kennen die Antwort. Sie wissen, daß die Nachhader unserer Feinde bisher von Frieden nichts wissen wollten, daß sie von unserer Vernichtung träumen. Bisher hofften unsere Gegner, daß wir in unserem Willen erlahmen, daß wir mit unserer Kraft zu Ende seien. Aufarest und der Hilfsdienst wird sich eines besseren belehren. Unter Aufarest steht unser Feldherr, hinter dem Hilfsdienst unsere Heimarmee, hinter Feldherr und Heimarmee steht die unerschütterliche Lebenskraft und der unerschütterliche Lebenswille des deutschen Volkes. Das unseren Feinden klar zu machen — wer dazu hilft, der hilft den Augenblick näher bringen, wo in der Nacht von Haß und Verblendung des Friedens Morgenröte tagt.

Meine Herren! Wir waren uns mit der obersten Heeresleitung vom ersten Augenblick über alles klar: der vaterländische Hilfsdienst wird nur dann das Höchstmaß von Wirkungen haben, wenn wir die überzeugte und freudige Mitwirkung des Volkes in allen seinen Schichten und Klassen gewähren. Das habe ich im Reichstag, in allen Stadien der Verhandlungen immer und immer wieder ausgesprochen. Es ist mir ein Bedürfnis, in dieser Versammlung hier erneut als meine Überzeugung zu bekennen: Nicht der Zwang, nur die Freiheit der Pflichterfüllung kann das Höchste leisten und der großen Zeit Genüge tun. Nach dieser Überzeugung haben wir gehandelt. Schon zu den allerersten Besprechungen über den Gedanken des vaterländischen Hilfsdienstes haben wir — ebenso wie Vertreter der Arbeitgeber — die Führer der Arbeiterverbände alle Richtungen zugezogen. Von der ersten Stunde dieses Daseinstampfes an haben sich die Organisationen der Arbeiter und Angestellten mit allen ihren Kräften in den Dienst des bedrohten Vaterlandes gestellt. Mit der gleichen Bereitwilligkeit sind Sie auch diesmal dem Rufe gefolgt. Dem Reichstag ist es gelungen, durch die Schaffung eines der menschlichen Pflicht entsprechenden Rechtsrahmens, durch Zugeständnisse und Opfer von allen Seiten, durch Unterordnung der Sonderinteressen und Sonderwünsche unter das große Gemeinschaftsziel, das Gesetz so zu gestalten, daß es die überwältigende Mehrheit auf sich vereinigte, und hinter dieser Mehrheit steht das deutsche Volk in seiner fast ausnahmslosen Gesamtheit.

Nun gilt es den toten Buchstaben des Gesetzes Leben einzubringen. Auch hierfür brauchen wir die freudige Mitwirkung der Organisationen der Arbeiter und Angestellten. Die vom Gesetz verordneten Pflichten bleiben leerer Schall, wenn sie nicht im Bewußtsein und Gewissen eines jeden einzelnen geschrieben stehen. Sie, meine Herren, können und werden Ihren Einfluß auf Arbeiter und Angestellte in den Dienst der vaterländischen Notwendigkeit stellen, im Kreise Ihrer Verbandsorganisationen das Pflichtgefühl gegenüber dem Volksganzen und die Kameradschaft mit unseren kämpfenden Brüdern wach erhalten und steigern. Wir wenden uns ferner an die Mitwirkung Ihrer Organisationen bei der gewaltigen Arbeit der volkswirtschaftlichen Umgruppierung, von deren Gelingen die Wirkung des Gesetzes abhängt. Es gilt die verfügbaren Kräfte zu sammeln und an die richtigen Arbeitsstellen zu leiten, es gilt die Heimarmee zu formieren und in Marsch zu setzen. Zur Lösung dieser Aufgabe appellieren wir nicht nur an den guten Willen und an den vaterländischen Willen und die vaterländische Liebe, sondern auch an die Sachkenntnis und die praktische Erfahrung der beteiligten Organisationen.

Meine Herren! Die Lasten der Einberufung und des so zahlreichen Besudes dieser Versammlung aus allen deutschen Gauen, aus den Organisationen aller politischen Richtungen, legen Zeugnis dafür ab, daß der Ruf an die deutsche Heimarmee in den Herzen der organisierten Arbeiter und Angestellten den vollen Widerhall findet, den das

Vaterland erwartet. Sie bebunden durch Ihre Anwesenheit, daß Sie helfen und mitarbeiten wollen. Ihre Hilfe und Mitarbeit ist uns die Gewähr des Erfolges. Und der Erfolg wird weiter reichen als zum unmittelbaren Zweck des Gesetzes, so gewaltig dieser Zweck für sich allein schon ist. Der Krieg hat uns dazu ertragen, in innerer Gegenüber und Streikigkeiten zurüdzustellen, um mit der vollen Kraft der Einigkeit dem Vaterlande in schwerer Zeit dienen zu können. Das Hilfsdienstgesetz führt uns auf diesem Wege weiter. Wie es aus der Gemeinschaftsarbeit der Heeresleitung, der Regierung, der Parteien und des Volkes in allen seinen Schichten hervorgegangen ist, so ist die Gemeinschaftsarbeit das Element seines Lebens und Wirkens. In den Organen, die das Gesetz vorstellt, werden die Vertreter der Arbeitnehmer zusammen mit den Vertretern der Arbeitgeber und der Beförderer die Arbeit der Durchführung zu verrichten haben. Diese Gemeinschaftsarbeit wird fruchtbar und erfolgreich sein. Sie wird das gegenseitige Verständnis für die Anschauungen, Wünsche und Bedürfnisse des anderen Teiles wecken und damit dem gegenseitigen Vertrauen die Wege ebnen. Nicht, daß wirtschaftliche Interessenkämpfe künstlich aufzuheben könnten oder sollten! Meine Herren, das wäre Illusion. Aber die Einigkeit in der Lebensberechtigung und in der Lebensnotwendigkeiten des Gemeinwohls — das wird künstlich in manchen Streit verhalten und manden Streit in seiner Form und Wirkung mildern.

Der Hilfsdienst ist Kriegs- und Notgesetz. Aber der Gewinn, der aus der Einigkeit der Pflicht und der Einheit der Arbeit entspringt, darf uns nicht wieder verloren gehen. Diese Kraft, die uns Sieg und Frieden bringen muß, diese Kraft soll uns im Frieden helfen, die Wunden des Krieges zu heilen; aus Trümmern wieder aufzubauen und die unzählbaren sittlichen und wirtschaftlichen Kräfte unseres Volkes einem neuen Aufstiege zuzuführen. (Lebhafter Beifall und Säuselstößen.)

Hierauf erhob sich Generalleutnant Gröner zu folgender Ansprache:

Der Herr Kriegsminister hat mich beauftragt, Ihnen seine besten Grüße zu übermitteln und Ihnen auszusprechen, wieviel er von der heutigen Tagung für die Mitarbeit bei der Einführung unseres Hilfsdienstgesetzes erwartet. Auch ich bin Ihnen dankbar, daß Sie mir Gelegenheit gegeben haben, heute unter Ihnen zu erscheinen. Ich habe schon während der Beratungen über das Gesetz zahlreiche Vertreter von Ihnen kennen gelernt und mich gefreut, daß ich sie kennen gelernt habe, und es erfüllt mich mit besonderer Freude, heute unter Ihnen stehen zu können. Ich darf wohl annehmen, daß wir gegenseitig uns mit dem größten Vertrauen entgegenkommen und daß wir, wenn einen Monat nach Friedensschluß das Hilfsdienstgesetz wieder außer Kraft tritt, wir uns gegenseitig die Hände schütteln und einander sagen werden: Wir haben die Sache recht vernünftig gemacht (Zustimmung), und dann werden wir aus der Gemeinschaftsarbeit während des Krieges die Hoffnungen und Erwartungen schöpfen dürfen, daß auch im zukünftigen Frieden viel Trennendes beseitigt sein wird und daß eine herrliche Saat für die Entfaltung des deutschen Volkes aus unserer gemeinsamen Kriegsarbeit hervorgehen wird. (Lebhafter Beifall.)

Ich bin Soldat und ich habe mich nie mit Politik beschäftigt und ich gedente es auch nicht zu tun bei der Ausführung dieses Gesetzes. Daher bitte ich, daß mir alle, wer es auch sei, wenn die Meinungen bei der Ausführung dieses Gesetzes auf einander plagen, die politischen Meinungsunterschiede ausschalten und daß wir uns stellen auf den Boden der Vaterlandsliebe. Der Krieg, in dem wir stehen, ist ein entsetzliches Unglück, daran wird niemand zweifeln. Wenn aber durch dieses Unglück das deutsche Volk geläutert wird und es zusammenkommt in allen seinen Teilen in einem großen Gemeinschaftsgefühl, dann wird dieser Krieg und das Hilfsdienstgesetz, wenn es seinen Zweck erreicht haben wird, für die zukünftige Entfaltung des deutschen Volkes den allerbesten Boden schaffen. Ich bin ein Optimist und hoffe. Sie sind es alle auch. Und deshalb glaube ich, daß aus unserer gemeinschaftlichen Arbeit ein Segen hervorgehen wird, der noch durch Menschenalter hindurch andauern möge. Wir haben eine Notzeit, und in dieser Notzeit sind Entbehrungen zu ertragen. Jeder weiß es, jeder spürt es. Aber wir wollen daran denken, was für eine Notzeit es für die ist, die draußen stehen im Trommelfeuer an der Somme. Wenn sich das jeder einzelne Deutsche in der Heimat, jeder Arbeiter vorgegenwärtig, dann wird er auch seine ganze Kraft einsehen, um draußen unseren Kameraden im Felde das Leben zu erleichtern.

Wenn Sie nun von dieser Tagung wieder hinausgehen in die weiten deutschen Lande und berufen sein werden, zum großen Teil an hervorragender Stelle mitzuwirken an der Einführung dieses Gesetzes, dann bitte ich Sie, den Geist, der Sie heute alle erfüllt, auch auf die gesamte deutsche Arbeiterchaft und die Angestellten zu übertragen. Ob wir hier am Leipziger Platz am Schreißtrich über Beratungen beraten, oder ob der Bergmann tief unter der Erde sein schweres Dasein führt, wir alle wollen einig sein: Jeder von uns ist Arbeiter ohne Unterschied der Person, und jeder muß sich immer des großen Zieles bewußt sein, jeder, der in den Werkstätten, in den Fabriken steht und am glühenden Hochen, jeder der den Hammer auf den glühenden Stahl niederschlagen läßt,

er möge in dieser ernten Notzeit des Vaterlandes jeden Hammerschlag begleiten mit dem Wunsche: Fürs Vaterland! (Lebhafter Beifall und Säuselstößen.)

Dann wurde in die eigentliche Tagesordnung eingetreten. Reichstagsabgeordneter Bauer von den freien Gewerkschaften erstattete ein sehr interessantes und sachverständiges Referat über das Gesetz betreffend den vaterländischen Hilfsdienst. Er erläuterte die einzelnen Bestimmungen und gab der Ansicht Ausdruck, daß trotz mancher Einschränkungen das Gesetz gegenständig für die Arbeiterchaft wirken werde. Unbedingt sei es eine Notwendigkeit, wenn das deutsche Volk den schweren Kampf, der ihm aufgezwungen worden ist, erfolgreich durchführen will. Die Heimarmee werde ebenso wie die Feldgrauen an der Front ihre Schuligkeit in vollstem Maße tun, um damit den Frieden eher herbeizuführen. Dazu sei die Arbeiterchaft in ihrem eigenen Interesse gezwungen.

Der zweite Referent, Reichstagsabgeordneter Borchers von den christlichen Gewerkschaften erstattete sodann ausführlich die Mitwirkung der Arbeiterorganisationen und Angestelltenverbände bei der Durchführung des Gesetzes. Sein Aufbau bewiese, daß die von den organisierten Arbeitern jahrelang vertretenen Forderungen sehr wohl durchführbar seien. Er erhofft von diesem Gesetz, daß den Arbeiterberufsvereinigungen nach dem Krieg nicht mehr soviel Schwierigkeiten gemacht werden können wie vorher. Die veränderte Durchführung des Gesetzes werde auch den sozialen Frieden dienen und unsern Volke die Freiheit und die Zukunft sichern.

Kollege Hartmann als Vertreter der Deutschen Gewerksvereine gab die Erklärung ab, daß auch unsere Organisation bereit ist, energisch an der Durchführung des Gesetzes mitzuarbeiten. Wir verkenne nicht die Einschränkungen, die der Arbeiterchaft auferlegt werden. Andererseits aber sollte man auch die großen Fortschritte nicht übersehen, die das Gesetz in sich birgt, ganz abgesehen davon, daß seine Durchführung im Interesse des Vaterlandes notwendig sei. Redner sprach die Hoffnung aus, daß mit diesem Gesetz der erste Schritt getan sei zur vollen Gleichstellung der ländlichen Arbeiter mit den Industriearbeitern, und daß auch die Beseitigung der veralteten Gewerbeordnungen nicht mehr allzulange auf sich warten läßt. Bedenken, die von allen Seiten gegen das Gesetz erhoben wurden, müßten jetzt zurückgestellt werden im Interesse der Sicherheit des deutschen Volkes.

Ähnliche Erklärungen gaben ab Hymmer für die Polnische Berufsvereingung, Auffhäuser im Namen der Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht, Dr. Köhler für die Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, und Dr. Bölle für die Arbeitsgemeinschaft der Verbände der technischen Angestellten. Es folgte dann noch eine sich bis in die Abendstunden hinziehende Aussprache, in der Vertreter der verschiedenen Berufsvereine ihre Sonderwünsche zum Ausdruck brachten. Aus den Reihen der Gewerksvereine sprachen die Kollegen Gleitsch (Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter), Schumacher (Gewerksverein der Holzarbeiter) und Zimmer (Gewerksverein der Bäcker und Konditoren). Letzterer benutzte die Gelegenheit, für die Beibehaltung des Nachschabverbots eine Lanze zu brechen. Bemerkenswert ist noch, daß zum Schluß auch der als Vertreter der Arbeiter in das Kriegsammt berufene Herr Schilde-Stuttart eine kurze Ansprache hielt, in der er um das Vertrauen der Arbeiter und Angestellten hat bei der verantwortungsvollen Stellung, die ihm übertragen worden ist. Im Anschluß daran wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die am 12. Dezember in den Germaniaälen zu Berlin versammelten Vertreter von rund vier Millionen organisierter Arbeiter und Angestellten erklären, an der Durchführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst nach Kräften mitarbeiten zu wollen.

Die durch die Organisation der Arbeiter und Angestellten vertretenen Volksschichten sind bereit, einig und geschlossen alle Kraft in den Dienst unseres Landes zu stellen, damit die Rüstungspläne der Sieger Deutschlands erfolgreich bleiben.

Von der Reichsregierung und dem Kriegsamt erwarten die Versammelten weitgehende Förderung der berechtigten Forderungen der Arbeiter und Angestellten auf Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie die Sicherung des Reallohnrechts. Sie fordern eine schärfere Bekämpfung des Lebensmittelwuchers und eine bessere Verteilung der vorhandenen Lebensmittel, damit die arbeitende Bevölkerung die an sie gestellten Anforderungen erfüllen kann.

Nach einer eindrucksvollen Schlußansprache Stegerwalds wurde sodann die Tagung mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf das deutsche Vaterland geschlossen.

Die
wird
sein
und
Wie
geben
um
drück
schaft
einig
und
König
Intel
dings
dem
weie
wenn
entfal
entsch
werd
Unter
groß,
bände
lassen
nische
fria
ar b
Baun
Xenti
aber
strig
tiglei
vor f
wird
Betri
tigt r
strie
ausm
deute
den r
zählt,
Arbet
man
den f
sch f
triebe
als
zigen
mater
geste
Tount
lione
Berg
mit f
10%
find.
sich d
durft
rechne
noch
der A
Wirt
Land.
Nohn
beiter
Texte
erhol
ind t
triebe
auf i
Arbet
10 e
Name
tes z
mach
schon
durch
besser
Petri
Bode
an l
sich r
rund
daß a
mehr
mit
nroße
Petri
So l
Pa o
Zon
Jude
Jeme

Die soziale und wirtschaftliche Zukunft Polens.

Durch die Neuerschaffung des Königreichs Polen wird auch die Arbeiterschaft Polens von vielen Fesseln frei, die ihr bisher vom zarischen Despotismus und vom russischen Beamtentum auferlegt waren. Wie es in Polen in den nächsten Jahren viel Arbeit geben wird, um die Kriegsschäden auszubessern und um die Folgen einer jahrhundertelangen Verdrückung zu beseitigen, so wird auch die Arbeiterschaft Polens längere Zeit brauchen, um sich einigermaßen gesicherte Organisationsformen zu schaffen und zu einem beachtenswerten Faktor im sozialen und wirtschaftlichen Leben des neuerstandenen Königreichs zu werden. Aber bei der natürlichen Intelligenz der polnischen Bevölkerung, die allerdings lange darnieder gehalten wurde, und bei dem engen Verhältnis, in das Polen notwendigerweise zu Deutschland und Oesterreich treten muß, wenn es die wirtschaftliche Kraft in stärkerer Weise entfalten will, ist auch als sicher anzunehmen, daß zahlreiche Arbeiterorganisationen entstehen werden, die sich nach und nach kräftig entwickeln. Unter der russischen Herrschaft war der Druck zu groß, als daß sich die Schaffung von Arbeiterverbänden in größerem Umfange hätte ermöglichen lassen. Mit der Entschaffung eines selbständigen polnischen Staates werden diese Schranken fallen.

Bei Betrachtungen über die polnischen Industriearbeiter wird zunächst immer an die Textilarbeiter gedacht und besonders wieder an die Baumwollspinner und Weber von Lodz. Nun ist die Textilindustrie zwar die Hauptindustrie Polens, aber daneben gibt es doch noch verschiedene Industriezweige, die für Polen auch von größerer Wichtigkeit sind. Nach einer Zählung, die einige Zeit vor Beginn des jetzigen Krieges unternommen wurde, gab es in Polen gegen 11 000 industrielle Betriebe, in denen rund 400 000 Arbeiter beschäftigt wurden. Mit den Angehörigen mag die industrielle Bevölkerung 1½-2 Millionen Menschen ausmachen. Das ist immerhin schon ein recht bedeutender Prozentsatz. In der Textilindustrie wurden rund 1100 Betriebe mit 150 000 Arbeitern gezählt, so daß auf einen Betrieb im Durchschnitt 137 Arbeitskräfte kamen. Wie das in Rußland auch bei manchen anderen Industriezweigen beobachtet werden kann, sind auch die Textilbetriebe Polens vielfach kombinierte Betriebe; es sind nicht Spezialbetriebe für Spinnerei, Weberei, Färberei, Druckeri usw., sondern alle diese Betriebe sind in einer einzigen Fabrik aufammengepackt, so daß das Rohmaterial bis zum Verkauf für den Kleinhandel hergestellt wird.

Das Hauptzentrum der Textilindustrie ist bekanntlich Lodz, wo allein vor dem Kriege 1¼ Millionen Baumwollspinneln in Betrieb waren. Zum Vergleich sei angeführt, daß in ganz Deutschland mit seiner großen Textilindustrie im Jahre 1912 10½ Millionen Baumwollspinneln gezählt worden sind. Auch noch in einigen anderen Bezirken hat sich die Textilindustrie angeeignet. In dieser Industrie ist auch noch das Konfektionsgewerbe zu rechnen. In diesem Industriezweig waren auch noch gegen 25 000 Arbeiter beschäftigt. Gerade in der Textilindustrie hat aber der Krieg verheerende Wirkungen angerichtet. Wie bei uns in Deutschland, so fehlt es auch der Textilindustrie Polens an Rohmaterialien, und so wurden zehntausende Arbeiter beschäftigungslos. Doch dürfte sich gerade die Textilindustrie nach dem Kriege sehr rasch wieder erholen. In der Hütten- und Bergwerksindustrie wurden vor dem Kriege in 480 Betrieben rund 46 000 Arbeiter gezählt, so daß also auf jeden Betrieb im Durchschnitt annähernd 100 Arbeiter kamen. Für die Maschinen- und Metallindustrie ist der Hauptort Warschau. Namentlich die Maschinenindustrie hat in den letzten Jahrzehnten in Polen rasche Fortschritte gemacht, und die Ansprüche an sie dürften weiterhin besonders steigen, wenn der polnische Landwirt, durch Festschulen, Wanderlehren und durch ein besseres Beispiel belehrt, von den alten überlebten Betriebsmethoden läßt und zu einer besseren Bodenbestellung übergeht. Dann wird der Bedarf an landwirtschaftlichen Maschinen und Werkzeugen sehr rasch steigen. In der Metallindustrie waren in rund 1500 Betrieben 62 000 Arbeiter beschäftigt, so daß auf jeden derartigen Betrieb im Durchschnitt mehr als 40 Arbeiter kamen. In der Lebensmittelindustrie, die sich in den verschiedenen größeren Städten angeeignet hat, wurden in 3000 Betrieben mehr als 42 000 Arbeiter gezählt. Die Holzindustrie ist beschäftigt gegen 17 000, die Papierindustrie gegen 15 000 Arbeiter. Von Spezialindustrien sind noch zu nennen: die Zuckerindustrie, die Spiritusbrennerei und die Zementindustrie. Es wurden in diesen Industrie-

zweigen erzeugt annähernd 2 Millionen Hektoliter Spiritus, gegen 20 Millionen Doppelzentner Zement und 2 Millionen Doppelzentner Zuder.

Wie bedeutend die industrielle Produktion Polens bereits ist, wird aus dem Produktionswert ersichtlich. Dieser wurde für die industrielle Produktion in den letzten Jahren vor Beginn des Krieges auf rund 1 Milliarde Rubel eingeschätzt. Davon entfielen allein gegen 350 Millionen Rubel auf die Textilindustrie und davon wiederum gegen 250 Millionen auf die Textilindustrie von Lodz. Weiter wurde der Produktionswert angegeben bei der Lebensmittelindustrie mit 155 Millionen Rubel, bei der Metallindustrie mit 110 Millionen, bei der Hütten- und Bergwerksindustrie mit 60, in der Konfektion mit 50 Millionen, bei der Papierindustrie mit 25 und in der Holzindustrie mit 23 Millionen Rubel. Daneben ist aber auch der Handel nicht unbedeutend, und es ist sogar zu erwarten, daß sich dieser nach der Losrennung von Rußland noch viel stärker entwickeln wird. Befreit von den Schranken, die Polen auch wirtschaftlich gesetzt waren, wird die Kaufmannschaft des neuen Königreichs voraussichtlich zum Hauptvermittler vieler russischer Waren für den westeuropäischen Markt werden. Zedentfalls ist das neue Königreich ein Wirtschaftskomplex, dem bei einer einigermaßen geordneten Weiterentwicklung der staatlichen Ordnung eine recht günstige Zukunft vorausgesagt werden kann, zumal wenn dort das Wirtschaftsleben in einem höheren Grade als bisher vom deutschen Kapital und vom deutschen Unternehmungsgeist befruchtet wird.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 22. Dezember 1916.

Die Zentralkonferenz am 13. Dezember stand noch unter dem Eindruck der am Tage vorher stattgefundenen Konferenz der Arbeitgeber, die sich mit dem vaterländischen Hilfsdienst beschäftigt hat. Eine stattliche Anzahl von Gästen, die den Gewerksvereinen der Maschinenbauer, Textilarbeiter, Lederarbeiter und Bäder angehören, wohnte der Sitzung bei und wurde vom Vorsitzenden, Kollegen Gleichauf, herzlich begrüßt. Zuerst machte Kollege Hartmann ausführliche Mitteilungen über die Tätigkeit des geschäftsführenden Ausschusses seit der letzten Sitzung. An zahlreichen Konferenzen haben Vertreter der Deutschen Gewerksvereine teilgenommen. Um auch im Lande das Leben wieder reger zu gestalten, sollen in der nächsten Zeit Ortsverbandskonferenzen stattfinden. Die nächste in Aussicht genommenen Tagungen in Gleiwitz, Liegnitz und Waldenburg fanden die Zustimmung des Zentralrats. Der Bericht des Kollegen Sartmann wurde noch ergänzt durch Mitteilungen der Kollegen Klein und Jordan. An die Berichte knüpfte sich eine rege Aussprache, in der namentlich die Arbeitsnachweisfrage eingehend erörtert wurde.

Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst. Ohne auf die Einzelheiten einzugehen, schilderte Kollege Hartmann den Werdegang des Gesetzes, an dessen Zustandekommen die organisierte Arbeiterschaft einen hervorragenden Anteil hat. Auch an der Ausführung des Gesetzes seien die Arbeiter stark beteiligt, und nach den bisherigen Verhandlungen zwischen den Leitungen der einzelnen Organisationen sei zu erwarten, daß alle Klärungen zu ihrem Rechte kommen und daß die Wirkung der verschiedenen Ausschüsse sich ohne Reibungen vollziehen wird. Zum Schluß machte Kollege Sartmann noch Mitteilung über gut verlaufene Versammlungen in Stettin und Breslau, der Kollege Levin über eine Ortsverbandversammlung in Liegnitz, die namentlich von Eisenbahnern stark besucht war. Die Lage dieser Arbeitergruppe verlangt nach der Schilderung des Referenten dauernd aufmerksame Beachtung. Der Zentralrat erklärte sich damit einverstanden, daß die Verbandsleitung diese Angelegenheit mit besonderem Nachdruck verfolgt.

Der Gewerbeverein der Deutschen Lötter, Ziegler und verwandten Berufe hält am 27. Dezember und den folgenden Tagen in Rathenow seine 11. ordentliche Generalversammlung ab, verbunden mit der Generalversammlung seiner Kranken- und Begräbniskasse. Auf der Tagesordnung steht neben den üblichen Berichten und Anträgen ein Vortrag des Verbandsvorstandes, Kollegen Hartmann, über: „Die Einwirkungen des Krieges auf die fernere Gestaltung der Gewerbevereine.“

Es ist ein Zeichen von Kraft und Selbstbewußtsein, daß der Gewerbeverein in dieser schweren Zeit

sich zur Einberufung dieser Kriegstagung entschlossen hat. Umso zufriedener wird er der Zeit nach Friedensschluß entgegenblicken können. Die Abgeordneten werden sich deshalb auch der hohen Verantwortung bewußt sein, die sie durch ihre Entscheidungen auf sich nehmen. Wir wünschen der Tagung im Interesse unserer Gesamtorganisation von ganzem Herzen den besten Verlauf und hoffen, daß der alte Gewerkegeist den Verhandlungen das Gepräge aufdrücken wird.

Die statistische Feststellung der Kriegsschäden, die der Zentralrat kürzlich beschlossen hat und die in den nächsten Wochen durchgeführt werden muß, findet auch in außerhalb der Arbeiterschaft stehenden Kreisen Beachtung. Die „Gilde“ bemerkt dazu, daß die Erhebung für die Uebergangszeit und die ersten Friedensjahre noch größere Bedeutung haben wird als für die Gegenwart. Deshalb wäre zu wünschen, daß sich alle Gewerkschaftsverbände zu einer gleichartigen Feststellung vereinigen.

Dieser Anteil verdient Beachtung. Die Kollegen können daraus ersehen, wie wichtig die Statistik ist, weshalb wohl erwartet werden darf, daß sie überall mit dem nötigen Eifer und der erforderlichen Sorgfalt durchgeführt werden wird. Nur dann ist daraus wertvolles und beachtenswertes Material zu gewinnen.

Der „Deutsche Wohnungsausschuß“, zu dem sich am 19. November d. J. die Mehrzahl der in Deutschland bestehenden Wohnungszweckvereinigungen mit den Organisationen, für welche die Wohnungsfrage ein Teilgebiet ihres umfassenden Programms bildet, den Arbeiter- und Angestelltenorganisationen, den Frauenverbänden, den großen sozial-hygienischen Gesellschaften, den karitativen Verbänden, den Körperchaften der sozialen Versicherung u. a. zu gemeinschaftlichem Vorgehen zur Verwirklichung einer nachdrücklichen Aktion auf dem Gebiete des Wohnungswesens zusammengeschlossen hat, tritt mit seiner ersten Kundgebung an die Öffentlichkeit. In einer Sitzung am 17. Dezember hat sein geschäftsführender Ausschuß mit der nachstehenden Entschließung zu den soeben dem preussischen Abgeordnetenhaus zugegangenen Wohnungsgesetz-Entwürfen Stellung genommen:

„Der Ausschuß begrüßt die Entwürfe eines preussischen Wohnungsgesetzes nicht als bloße Gesetzesentwürfe, sondern als einen Anfang der so notwendigen gesetzlichen Reform des Wohnungswezens in Preußen. Er erkennt das Bestreben an, die Verwirklichung der Gedanken des modernen Städtebaues gesetzlich zu sichern und durch weitere Ausgestaltung von Wohnungsordnungen und Wohnungsaufsicht einen besseren Einfluß auf die Wohnungsverhältnisse auszuüben. Insbesondere stellt der Ausschuß mit Befriedigung als einen Wendepunkt der preussischen Wohnungspolitik die Tatsache fest, daß der preussische Staat es nunmehr als seine Aufgabe anerkennt, die Verteilung von kleinen Wohnungen allgemein und ohne Begrenzung auf einen bestimmten Personenkreis zu fördern, und zwar mit eigenen finanziellen Mitteln. Einwendungen gegen Einzelheiten der Entwürfe müssen zunächst den in besonderen beteiligten Kreisen überlassen bleiben.“

Verteuerung des Brennmaterials. Obwohl trotz aller Schwierigkeiten die Bergwerksbesitzer allzulangende Geschäfte machen, hat das Kohlenfundikat eine Erhöhung der Kohlenpreise beschlossen, und der preussische Fiskus als Bergwerksbesitzer hat dazu seine Zustimmung erteilt. Gegen diese Erhöhung hat sich der Vorstand des deutschen Städtebaues in einer Eingabe an den preussischen Handelsminister gewandt, leider aber einen Bescheid erhalten, in dem die Weisheit des Syndikats gerühmt wird und die Weisheit des Syndikats gerühmt wird.

Die vom Steinkohlenbergbau beschäftigte Preis-erhöhung um 2 Mark für die Tonne Koks, an der Ruhr ferner um 3 Mark für die Tonne Aols und um 3 Mark 25 Pfennig für die Tonne Steinkohlenscheitels kann unter Berücksichtigung aller einschlägigen Verhältnisse nicht als unangemessen angesehen werden. Für die Braunkohlenindustrie wird an Stelle der gewöhnlichen Preisverbesserung um 2 Mark pro Tonne Preis eine solche um 1 Mark für ausreißend erachtet, da bei ihr die Betriebs-schwierigkeiten und die Selbstkosten nicht in dem Maße gewachsen sind, wie beim Steinkohlenbergbau, sie ferner ihren Absatz über den Rand der Friedenszeiten hinaus hat steigern können und ein Teil in diesem Jahre schon eine allgemeine Preisverbesserung vorzunehmen hat. Auf diese Weise wird der Braunkohlen- und Kohlenbergbau, die sich vorzugsweise mit Braunkohlenbetriebs bedienen, nur wenig beeinträchtigt werden. Die Preisverbesserung der Werke um 1 Mark für die Tonne berechtigt an sich nur zu einer Verteuerung des Zentrums Scheitels um 5 Pf.

Beim Steinkohlenbergbau hat sich eine Steigerung zwischen Hausbrand und anderem Verbrauch, wie schon früher, als nicht durchführbar erwiesen, da sich die Art der Verwertung der unter der Bezeichnung „Hausbrandkoks“ von den Besen gelieferten Brenn-

